

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktional-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. H. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. W. Sanders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haj,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:

16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen. Im Sgr. Sachse
u. Erzst. Sachl. -Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abrechnung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktional-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergeltungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Nr. 80.

Sonntag, 12. Juli.

1874.

Politische Uebersicht.

— Ein Gesändniß. Im „Leipziger Tageblatt“ erinnert ein Reichsschwärmer an den 25. Jahrestag des 6. Juli 1849, wo bekanntlich die schleswig-holsteinische Armee unter dem preussischen General Bonin von den Dänen geschlagen wurde. Der Mann des „Tageblattes“ weiß sich freilich nicht zu erinnern, daß damals der deutsche Bundestag, der eine „nationale“ Bewegung nicht brauchte, weil es nur gegen innere Feinde, gegen Demokraten ging, die „nationale“ Sache in Schleswig-Holstein schmählich im Stiche ließ, sie lächerlich machte und der Reaction die Bahn ebnete. Dagegen schließt der „Tageblatt“-Artikel, nachdem er die Niederlage von Fredericia besingt:

„Alles war damals verloren! Wie steht es aber jetzt? Wem haben wir zu danken, daß jetzt Schleswig-Holstein deutsch ist und daß wir die Einwohner dieses Landes als Brüder begrüßen können? Das ist der deutsche Kaiser. Es war seine erste große That für das deutsche Vaterland und daran werden sich stets alle Deutschen erinnern und am heutigen Tage die Bienen allen deutschen Gauen Gebürtigen, die jetzt in alle Welt-gegenden Jesireut sind, eine Vergeltung anstellen über Deutschland von 1849 und jetzt und sagen: Gott erhalte den Kaiser und das Reich.“

Wir erfahren somit, daß die Eroberung Schleswig-Holsteins 1863-64 des jetzigen Kaiserkönigs „erste große That für das deutsche Vaterland“ war, und freuen uns, daraus schließen zu können, daß die Niederwerfung des bairischen Aufstandes im Sommer 1849 noch der Meinung des „Tageblatt“-Mannes weder eine „große That“, noch eine „That für das deutsche Vaterland“ war. Auch wir werden dieser Tage einen Vergleich anstellen über Deutschland von 1849 und jetzt, und da es dieser Tage (am 23. Juli) gerade 25 Jahre werden, seit die Festung Rastatt durch einen Kapitulationsbruch in die Hände des preussischen Heeres fiel, so werden wir dieses Tages in diesen Blättern auf entsprechende Weise gedenken.

— Die „Ehrenmännergenossenschaft“. Zu dem skandalösen Prozeß vor dem Militärgerichte Würzburg, wo die wegen Mißhandlung des Soldaten Plattner Angeklagten freigesprochen wurden, haben wir noch nachzutragen: der Hauptangeklagte, Premierlieutenant Fürtzweier, von dem sein Oberstleutnant aus sagte, daß er „ein gebildeter, braver und tüchtiger Offizier“ sei, ist laut Ausweis schon bestraft worden: 1) wegen leichtsinnigen Schuldens machen, 2) wegen Wechelschulden, die mit seinem Vermögen in keinem Verhältnis standen, 3) wegen eigenmächtiger Entfremdung, 4) wegen Nichtwahrung der Standesehre, 5) er bekam Verweis, weil er einen Befehl nicht in Vollzug setzte, 6) einen noch strengeren Verweis wegen mangelhafter Aufsicht im inneren Dienst.

Resumieren wir das ganze Resultat des Prozesses Plattner und schlagen wir zwei neue Paragraphen für das Militärstrafgesetz vor:

- § 1. Es ist nicht verboten, Soldaten zu schinden.
- § 2. Wer dabei sich auszeichnet, soll öffentlich von seinen Vorgesetzten vor der Front als gebildet, brav und tüchtig belobt werden.

In diesen zwei Paragraphen hätten wir dann so ungefähr das, was man heute den „militärischen Geist“ nennt.

— Zur „Rechtspflege“. Es ist bekannt, daß die gefangenen Sozialdemokraten oftmals wie die gemeinsten Verbrecher behandelt werden. So ist kürzlich Ross mit „Verbrechern anderer Kategorien“, d. h. mit Spitzbuben, in eine Zelle zusammengesperrt worden und die Behandlung unseres Genossen Zierfas in Mainz war anfänglich dergestalt, als ob derselbe mindestens sieben Raubverbrecher begangen habe. Wie man nun gegen wirklich gemeine Verbrecher zuweilen verfährt, darüber befehrt uns eine Correspondenz der „Volks-Zeitung“. Sie lautet:

„Gotha, 3. Juni. Man ist hier allgemein erstaunt, ja, ich möchte sagen entsetzt darüber, daß die bereits mehrfach bestrafte 39jährige Schwindlerin resp. Pseudo-Gräfin und Baronin, verheiratete Jenny Marie Elisabeth Ziemann, geb. Prinz aus Breslau, welche am 15. vor. Wtd. wegen Betrugs in wiederholtem Rückfalle vor dem hiesigen Schwurgerichte stand, aber wegen Nichterscheinens der beiden Hauptbelastungszeugen, des aus Bayreuth gebürtigen und gegenwärtig sich dort aufhaltenden Buchhalters Köhlein und der verheirateten Bernstein zu Berlin, nicht abgeurtheilt wurde, Tags darauf aus dem hiesigen Kreisgerichtsgefängnisse nach Breslau, wo ihre beiden ankündigten Kinder sich befinden sollen, entlassen worden ist. Daß man einer so gemeinlichen und lügenhaften Person auch schon während ihrer langen Untersuchungshaft solche Rücksichten hat angedeihen lassen, daß man ihr ein gutes Bett für 1 Thlr. 15 Sgr. monatlich mietete und für Anschaffung besserer Kost als die gewöhnliche Gefangenkost täglich 15 Sgr. aus der Staatskasse verwilligte, frapirt das Publikum nicht minder. Die Genannte hätte es sich selbst zuschreiben gehabt, wenn sie noch länger, resp. bis zum nächsten Schwurgerichte, inhaftiert geblieben wäre, da selbst die nachdrücklichen Ermahnungen des Schwurgerichts-Präsidenten zur Wahrheit nichts fruchteten. Daß die Ziemann, der man nur mit vieler Mühe habhaft werden konnte, bei guter Gelegenheit das Weite suchen und sich zu einer später anzuberaumenden Schwurgerichtsverhandlung nicht einfinden wird, läßt sich wohl mit ziemlicher Gewißheit annehmen.“

Uns „frapirt“ die auffallende Bevorzugung der Schwindlerin

durchaus nicht. Was schadet es in der heutigen Gesellschaft, wo so viele große und großartige Diebe als „Ehrenmänner“ umherstolzieren, wenn man einen kleinen Dieb, statt ihn zu hängen, einmal laufen läßt? Ein Sozialdemokrat hätte natürlich im Gefängnis warten müssen, bis die Zengen beige schloß gewesen wären; eine „Pseudo-Gräfin“ kann frei ausgehen. Der Adel muß respektiert werden, auch wenn er nur Schwindel und Betrug ist!

— In dem Hause, das Bismarck jetzt im Bade Rissingen, wo er sich aufhält, bewohnt, stecken drei Kugeln von der bruder-mörderischen Schlacht des Jahres 1866 zwischen Preußen und Bayern. Der zariführende Besitzer des Hauses hat die Kugeln weiß anstreichen lassen, weil er fürchtete, Bismarck möchte sich daran stoßen, daß dies Haus „seines Geistes einen Hauch verstrahlt“. Die Franzosen haben ihre „glorreichen Spuren“, von denen Bonaparte sprach, in Deutschland nicht gefunden; nun findet Bismarck die feinen!

— Eine bittere Lehre ist den Fürther Metallschlägern erteilt worden, aus welcher sie einerseits die Nichtigkeit der Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, andererseits aber auch sehen mögen, wie die Herren „Unternehmer“ es verstehen, die durch Ueberproduktion herbeigeführten Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber:

„Fürth, 3. Juli. In den Kreisen der hiesigen Arbeiterbevölkerung herrscht eine erregte Stimmung gegen die Nationalliberalen. Wie ihnen bereits mitgeteilt worden ist, haben die hiesigen Metallschlägergehülfen die Arbeit eingestellt; diese Arbeitseinstellung, von deren Durchführung sich die Sozialdemokraten fernhalten, erfolgte jedoch auf Zureden einer Anzahl Arbeitgeber — worunter Hauptführer der Nationalliberalen —, indem den Arbeitern vorgespielt wurde, daß durch den Strike eine Verbesserung der Geschäftslage eintreten würde, da durch Abnahme der Production die Preise der Fabrikate steigen müßten. Die Gehülfen gingen auf den Leim und haben in der That die Arbeit eingestellt. Es sind nun hierdurch 650 Personen brodlos, da die von den Arbeitgebern zugesicherten Unterstüzungen sehr spärlich fließen. Die Lage der Streikenden ist bereits derart, daß sie in einer Eingabe an den Magistrat um Beschäftigung bitten und den Antrag stellen, die Gemeinde möge zu diesem Behufe einen Bau in Angriff nehmen. Das Gesuch ist damit motivirt, daß der Strike mit Zustimmung der Arbeitgeber und in deren Interesse veranstaltet worden sei und daß von den Streikenden nur 130 Gehülfen von dem Hirsch-Dunker'schen Ortsvereine eine Unterstüzung von 1 Reichsmark pro Tag erhalten. Der Magistrat lehnte den Antrag ab. Gegen denselben sprach sich Herr Bürgermeister Langhaus wegen der daran sich knüpfenden Konsequenzen aus; aber auch der bürgerliche Magistrat Löwenstein, bekanntlich Sozialdemokrat, erklärte sich gegen den Antrag, indem er bemerkte, daß er principiell das Recht auf Arbeit anerkenne; aber abgesehen davon, daß die praktische Durchführung dieses Principis nur im Gesamtstaate, und nicht in der Gemeinde zum Ausdruck komme, wäre er für den Antrag, wenn die Gemeinde Konsequenzen hieraus ziehen und dieses Recht auf Alle, welche keine Beschäftigung finden können, ausdehnen würde. Da aber Redner überzeugt ist, daß die Gemeindevertretung nicht diese Konsequenzen hieraus ziehen wird, erklärt er sich gegen den Antrag, da er der Ansicht sei, daß schon berechtigtere Strikes da waren und noch kommen werden als der in Frage stehende, und die Gesuchsteller selbst zugeben, daß diese Arbeitseinstellung nur im Interesse der Arbeitgeber erfolgt sei.“

— Ein „entsagender“ Kapitalist. Wie jammervoll es um die ökonomischen Kenntnisse unserer Bourgeoischreibern bestellt, zeigt neuerdings ein Artikel der „Erfelder Zeitung“ über den großen Kanonerkönig und Tullerienpatrioten Krupp in Essen. Der Artikel handelt von der „Sparsamkeit“ des Herrn Krupp und sagt:

„Zwar hat Herr Krupp sich an der Ruhr ein Schloßlein gebaut, das ihm seine 4 bis 5 Millionen Thaler kosten soll; auch das Inventar und die Dienerschaft stehen in angemessenen Verhältnissen zu diesen Summen. Aber das ist eben, obgleich sich alles dieses ein wenig luxuriös anseht, keine Verschwendung gegenüber einem Vermögenszustande, der freilich ohne feste Tozation ist, von Kennern aber immerhin weit über 100 Mill. Thaler veranschlagt wird. Die 6 Millionen-Anleihe (die er neulich aufgenommen hat) scheint ihn zu verzehren, und darum gibt er sich an Sparen, um die lästige Zahl 6 mit ihrem Anhang sich bald wieder vom Etat zu schaffen. So werden alle Bauten, so weit sie nicht unumgänglich in seinen Fabrikräumen und zur Förderung seiner industriellen Zwecke und Ausdehnungen erforderlich sind, sistirt. An der Ruhr zum Beispiel ist, trotz der jüngsthin noch in Aussicht genommenen danischen Ausdehnung, fast allen Technikern und Arbeitern gekündigt; selbst sein hiesiges, in der Fabrik bestehendes Baubureau, dem eine Anzahl von 30-40 Beamten (Technikern) angehörte, wird auf eine Riffer von 5 bis 6 Personen entlassen, welche eben nothwendig bleiben müssen für Instandhaltung der Baulichkeiten. Zur Anlage neuer Arbeiterquartiere — es sind zu diesem Zwecke nicht etwa neue Stadttheile errichtet; nein, ganze große Städte gebaut; — zur Anlage solcher neuer Kolonien — er hat diese deren zu den vorhandenen noch drei bis vier neue projekirt — werden ebenfalls die weiteren Arbeiten eingestellt. Hoffentlich werden recht bald all diese Arbeiten mit neuer Energie und vermehrter Kraft wieder aufgenommen.“

Wir wollen annehmen, Herr Krupp habe ein Einkommen von jährlich sechs Millionen. Weil er nun vielleicht jährlich nur drei Millionen durchschnittlich ausgibt, so „spart“ er nach Ansicht des Delonomen der „Erfelder Zeitung“. Schulz-Delisch würde sagen: Krupp erspart sich die Arbeit Anderer, die jährlich sechs Millionen Thaler trägt; d. h. er braucht die Arbeit nicht zu thun und steckt deren Ertrag ein. „Er gibt sich ans Sparen“, der arme Krupp! So sehr, daß er schon Arbeiter entlassen muß, und aus lauter Sparsamkeit baut er keine „neuen Stadttheile“. O diese heilige Einsicht! Es fehlt nur noch, daß die „Erfelder Zeitung“ den Arbeitern zuruft: Gehet hin und thuet desgleichen! Dann wäre die Schulz'sche Theorie vom „Entsagungslohn“ glücklich bis zum Gipfel erstiegen!

— Am Sonnabend den 4. d. M. wurde Parteigenosse Giffey in Eisenach verhaftet. Es heißt, daß Giffey das Festlied, welches Tags darauf bei dem Arbeiter-Verbrüderungsfeste verwendet werden sollte und das angeblich mit dem Strafgesetzbuche collidirt, an die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei vertheilt ließ. Tags vorher fand bei Giffey eine Hausdurchsuchung statt, welche mit Constatation des Programmes für das genannte Fest endigte. Die Beschlagnahme läßt sich nur dadurch erklären, daß das Programm ohne Angabe des Namens und Wohnorts des Druckers erschienen ist.

Ebenfalls verhaftet wurde am 7. d. Mts. zu Wiesbaden Parteigenosse Kaufmann. In einer Volksversammlung, in der Schulz-Delisch einen Vortrag hielt, trat Kaufmann jenem gegenüber und soll, wie uns berichtet wird, in seiner Kritik der Schulz'schen Ergüsse gegen § 130 des R.-St.-G.-B. verstoßen haben. Das edle Metier des Denunziators hatte Schulz-Delisch in selbstgeigneter Person übernommen, indem er, während über die Abfertigung Kaufmanns, diesem entgegenwarf, daß er an dem Umsturze des heutigen Staates arbeite, es würde aber nie und nimmer gelingen, den Volksstaat zu gründen. Ein Führer der Fortschrittspartei im Bunde mit der Polizei; welch heilige Allianz!

Zum Coburger Congress sind ferner folgende Delegirte angemeldet worden:

Hannover: A. Pohmeyer; Weiden: J. Motteler; Berlin: Dr. Stamm und J. Auer; Braunschweig: Carl Ulrich; Augsburg: P. Tauscher; Cassel: E. Eslein; Glauchau: Hermann Albert; Grimmitzsch: E. Mehlhorn; Wiesbaden: Kaufmann; Chemnitz: Richard Wolf; Limbach: J. Bahleisch; Ronsdorf: M. Rittinghausen; Göppingen: J. G. Hüttig; Bayreuth: E. Wendel; Frankfurt a. M. (auch Control-Commission): Julius Schade.

Hamburg, 7. Juli 1874. Mit Gruß!
August Weib, Rübingsmarkt 12.

Gewerkschaften

Berein der deutschen Steinmehlen.

Berlin, 6. Juli. In Folge der gegen unsere Mitgliedschaft Ibbenbüren eingetretenen örtlichen Polizeischwierigkeiten, bestehend in Verweigerung des Erlaubnißscheinens zur Abhaltung der gesetzlich angemeldeten Gewerkschaftsversammlungen, sowie der steten Hegerereien einzelner größerer Bruchbesitzer gegen den Verein, ist in den letzten 8 Tagen die Mitgliederzahl auf das vierfache gestiegen. Es wird nun, in der Hoffnung die Mitgliedschaft gänzlich aufzuwecken, ein Arbeitsaustausch geplant, und ist in Folge dessen der Zuzug von Ibbenbüren fernzuhalten.
A. Zabel, Vorsitzender.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Halle a. S. Wir berichten allen unsern auswärtigen Collegen, daß unsre Gewerkschaft sich in stetigem Wachstum befindet. Hiere Schäfer, Bevollmächtigter aus Leipzig, hielt am 23. Juni eine Versammlung ab, in welcher er über die Lage der Arbeiter sprach und uns zur Einigkeit ermahnte.

Alle Zugereisten wollen sich wenden an den Bevollmächtigten Georg Fäkel, Kellnergasse Nr. 8, 3 Tr. Raffiner ist Friedrich Ramboch, Leipzigerstraße Nr. 8, parterre. Schriftführer Franz Penick, Dachritzgasse Nr. 4.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg, 7. Juli. Warnung für alle Töpfer Deutschlands! Da einzelne Bundesmeister hier einen Arbeitsaustausch provozieren wollen, so ersuchen wir jeden Töpfer, durch Annoncen, die in auswärtigen Zeitungen erscheinen werden, sich nicht beeinflussen zu lassen, da hier Arbeitskraft genügend vorhanden ist. Auch agitieren die Meister persönlich, namentlich in Berlin, und suchen durch lügenhafte Versprechungen Arbeiter hierher zu locken. Es haben einzelne Arbeiter von selber die Arbeit wieder verlassen müssen, weil es ihnen nicht möglich war, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Arbeit zu liefern und somit den angeblich hohen Arbeitslohn zu verdienen.

Unser Arbeitsnachweiskbureau befindet sich bei Herrn Hübener, große Rosenstraße Nr. 37, und ersuchen wir jeden Töpfer, dasselbe zu benutzen.

Schulz, Bev.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges zu veröffentlichen.

